



Wollen «nahe am Bürger sein» (v.l.): Bruno Walliser (SVP), Martin Farner (FDP) und Philipp Kutter (Volketswil). Bild: pd.

Präsidenten spannen zusammen

Die drei Gemeinde- beziehungsweise Stadtpräsidenten Bruno Walliser (SVP), Philipp Kutter (CVP) und Martin Farner (FDP) haben neulich ihre gemeinsame Nationalratskampagne vorgestellt.

Oberstammheim/Region: Gemeindepräsidenten sind sich gewohnt, für die anstehende Fragestellung tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Dabei gilt es, auf der untersten Stufe des Staatswesens mit Augenmass und gesundem Menschenverstand vorzugehen. Andernfalls wird man die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahren. In den Gemeinden sind die Wege kurz, Rückmeldungen erfolgen unmittelbar. Diese Erfahrung prägt – das ist den drei Gemeinde- beziehungsweise Stadtpräsidenten Martin Farner (FDP, Oberstammheim), Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) und Bruno Walliser (SVP, Volketswil) auch in der parlamentarischen Arbeit im Kantonsrat anzumerken. Gemeinsam haben sie kürzlich die Kampagne «Nahe beim Bürger» lanciert.

Alle drei Gemeindepräsidenten verfügen in ihrem Amt über langjährige Erfahrung. In Kombination mit der ebenfalls langjährigen Tätigkeit im kantonalen Parlament sind sie deshalb für die Wahl ins nationale Parlament bestens vorbereitet.

Sowohl Bruno Walliser wie auch Philipp Kutter nahmen in ihren Ausführun-

gen Stellung zur heutigen Organisation und Zusammensetzung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kesb. Sie bemängelten dabei die viel zu detaillierte bundesrechtliche Regelung, die den Gemeinden den notwendigen Spielraum nimmt. Damit werden die einfachen und naheliegenden Lösungen, die in vielen Fällen zielführend wären, erschwert oder gar verunmöglicht. Walliser wies in seinen Ausführungen vor allem darauf hin, dass eine gesunde Mischung aus Profis und Laien anzustreben wäre, um für die Betroffenen die richtigen Massnahmen zu treffen. Kutter seinerseits bemängelte die viel zu detaillierte Regelung, die exemplarisch für die aktuelle Fehlentwicklung in der Gesetzgebung sei.

Flut an Vorschriften und Regeln

Als weiteres Beispiel für eine fehlgeleitete und viel zu detaillierte Regulierung führte Kutter das Gewässerschutzgesetz an. Selbstverständlich sei für ihn, dass unsere Gewässer geschützt werden müssten, die Umsetzung sei aber den regionalen Gegebenheiten anzupassen. Es sei ein Unterschied, ob es um den Schutz in einer alpinen oder einer dicht besiedelten Region gehe. Für den Wirtschaftskanton Zürich sei die Umsetzung eine grosse Herausforderung. Zusammen mit der Kulturlandinitiative schränke sie die Entwicklungsmöglichkeiten zu stark ein.

Bruno Walliser bemängelte generell die Flut an Regulierungen und Vorschriften. Als Inhaber eines KMU kenne er die Sorgen der Unternehmer mit die-

ser Gesetzesflut, die kaum mehr jemand überblicke. Ein Gewerbetreibender sei heute ständig in der misslichen Lage, dass er gegen ein Gesetz verstossen könnte, das er noch nicht kenne. Diese Regulierungsflut wirke sich in einem kompetitiven Umfeld immer mehr als Wettbewerbsnachteil aus.

In die gleiche Bresche schlug auch Martin Farner. Was der Bundesrat aktuell im Lebensmittelrecht in die Vernehmlassung gegeben habe, entbehre jeglichen Augenmasses und laufe den Anstrengungen zur Entlastung der Wirtschaft diametral entgegen. Gerade KMU-Betriebe – das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft – seien von solchen neuen Gesetzen und Vorschriften besonders betroffen. Wenn ein Grossbetrieb eine eigene Abteilung für diese Bereiche beschäftigen könne, sei dies für ein KMU schlicht unmöglich. Die Kosten hätten am Schluss die Konsumenten zu tragen. Gesetze mit dem berühmterichtigten Swiss Finish seien für die Schweizer Wirtschaft Gift. Sie werde damit im internationalen Wettbewerb behindert – dies gefährde Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Mit ihren Statements unterstrichen die drei Nationalratskandidaten, dass sie sich für Regulierungen mit Augenmass einsetzen würden. Aus ihrer Erfahrung nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern wüssten sie, was sinnvollerweise gemacht werden könne, dass Kantone und Gemeinden den nötigen Spielraum aber weiterhin haben sollten. *red.*